

Bei 3100 Franken Lohn: Familie mit 2 Kindern erhält netto 5391 Franken

Unterstützung Kann eine Familie mit zwei kleinen Kindern bei einem Bruttolohn von 3100 Franken in Liechtenstein leben? Sie kann. Aber nur, weil der Staat über 2500 Franken monatlich zuschiesst, wie die Beantwortung einer Kleinen Anfrage zeigt.

VON MICHAEL BENVENUTI

Seit die Herbert Ospelt Anstalt Anfang Mai ankündigt hat, bei der Tiernahrungsproduktion ab 1. Oktober auf Eurolöhne umzusteigen und einen fiktiven Wechselkurs von 1.15 Franken festzulegen, gehen im Land die Wogen hoch. Das sei «staatlich subventionierte Ausbeutung», kritisierte die Freie Liste und warf Ospelt vor, auf Kosten des Steuerzahlers Dumpinglöhne zu bezahlen.

Weil die Arbeiter und deren Familien von Gehältern zwischen 3100 und 3500 Franken nicht leben könnten, müsse ihnen der Staat über Lohnergänzungen, Prämienverbilligungen, Mietbeihilfen und ähnliche Unterstützungsbeiträge unter die Arme greifen.

Aber wie stark greift der Staat den Betroffenen mit Steuergeldern tatsächlich unter die Arme? In der Beantwortung einer Kleinen Anfrage des FL-Abgeordneten Thomas Lager listet Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini die staatlichen Subventionen für Geringverdiener anhand zweier Beispiele im Detail auf.

Die Ergebnisse lassen aufhorchen: So stehen einer in Liechtenstein wohnhaften Familie, bei welcher der Vater für seine Vollzeitbeschäftigung 3100 Franken brutto pro Monat verdient und sich die Mutter um die beiden Kinder im Alter von zwei und vier Jahren kümmert, monatlich insgesamt bis zu 5391 Franken netto zur Verfügung. Dieses Einkommen setzt sich wie folgt zusammen: Nettoerwerb (2900 Franken),

Kindergeld (560 Franken), Mietbeiträge (920 Franken), 411 Franken wirtschaftliche Sozialhilfe als Differenz zum Existenzminimum (4791 Franken) sowie eine Erwerbszulage von 600 Franken. Der Staat schiesst also knapp 2500 Franken zu.

FL sieht sich bestätigt

Sollte sich die Frau entscheiden, ebenfalls für 3100 Franken einen Vollzeitjob anzunehmen, würde die Familie insgesamt über ein monatliches Einkommen von 6360 Franken verfügen - 5800 Franken Nettoerwerb und 560 Franken Kindergeld. Der Familie blieben also trotz 3100 Franken mehr Einkommen monatlich nur 970 Franken mehr auf dem Konto. Wirtschaftliche Sozialhilfe würde die Familie nicht erhalten, da

das Einkommen über dem Existenzminimum von 4791 Franken läge.

Thomas Lager sieht die aktuellen Zahlen, die von der Regierung vorgelegt wurden, als Bestätigung der FL-Kritik: «Nun haben wir es Schwarz auf Weiss, dass der Staat ordentlich zufüttern muss, damit Familien mit einem solchen Lohn leben können.» Die Freie Liste prüfe zwar noch immer einen parlamentarischen Vorstoss, bestätigt der FL-Abgeordnete im «Volksblatt»-Gespräch, ein Eingriff in die Vertragsfreiheit dürfte aber kaum möglich sein.

Wichtiger als gesetzliche Eingriffe sei ohnehin eine faire Sozialpartnerschaft: «Ein liberales Wirtschaftssystem funktioniert nur, wenn die Regeln des Anstands eingehalten werden.»

Seite 5